



*Für ein soziales
Rüsselsheim*

**Programm zur
Kommunalwahl
2016**

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Inhalt

Vorbemerkung	3
Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens	4
Finanzen	7
Kultur, Kunst und Bildung	9
Kinder und Jugend	13
Frauen	15
Seniorinnen und Senioren	16
Migrantinnen und Migranten	17
Ökologie	20
Verkehr	21
Flughafen	22
Soziale, ökologische und demokratische Stadt	23
Liste der Kandidatinnen und Kandidaten	24

Liebe Rüsselsheimerinnen, liebe Rüsselsheimer

Vor der letzten Kommunalwahl schrieben wir an dieser Stelle: „Nicht nur in Rüsselsheim wehren sich immer mehr Menschen dagegen, dass politische Entscheidungen getroffen und durchgezogen werden, die die Bevölkerung ablehnt ... dass wiederholt Beschlüsse der politischen Gremien korrigiert werden mussten, liegt auch daran, dass es bei uns eine aufmerksame und rege Zivilgesellschaft gibt, aus der heraus falsche oder fehlerhafte Entscheidungen kritisiert werden.“ Was wir nicht wissen konnten, war, wie heftig sich die Auseinandersetzungen in den folgenden Jahren gestalten würden.

2011 wurde ein neuer Oberbürgermeister gewählt – von gerade einmal 16 % aller Wahlberechtigten. Er und die beiden ebenfalls neu gewählten hauptamtlichen Dezernenten versuchten nun, endlich „Rüsselsheim 2020“ durchzusetzen, sprich wesentliche Teile der sozialen Infrastruktur Rüsselsheims – Theater, Großsporthalle, Hallenbad, Hauptmannschule – zu beseitigen und das bedeutende Industriedenkmal Opel-Altwerk zu zerstören. Inzwischen wissen wir, dass ihnen das zu großen Teilen misslungen ist. Nicht alle aber haben dazugelernt. Eine alt-neue Schule statt wie bislang nach dem SPD-Politiker Friedrich Ebert zukünftig nach der Kapitalistin Sophie Opel benennen zu wollen, ist mehr als bezeichnende Symbolik.

Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Rüsselsheim

Die Linke/Liste Solidarität sieht sich als Teil der Rüsselsheimer Zivilgesellschaft und hat mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheidungen unterstützt. Unsere Vertreterinnen und Vertreter in den kommunalen Selbstverwaltungsorganen, Stadtparlament und Magistrat verstehen sich auch und in erster Linie als „parlamentarischer Arm“ bürgerschaftlichen Engagements gegen die Zumutungen neoliberaler Politik, für ein soziales, ökologisches und demokratisches Rüsselsheim.

Wie wird es weitergehen nach der Kommunalwahl im März 2016?

Nach wie vor bestimmt ein geradezu zwanghafter Glaube an „das Wachstum“ als alleinseligmachendem Ziel das Handeln vieler, um nicht zu sagen der meisten Stadtverordneten – auch über Parteigrenzen hinweg. Auf einem gegebenen oder reduzierten Niveau ein gutes Leben zu gestalten, scheint unvorstellbar. Und irgendwie ist das auch so: Wachsen oder untergehen ist die Logik einer profitorientierten Gesellschaft und die Sichter, die derzeit das Sagen haben.

Wir sehen das anders:

- Deshalb wenden wir uns gegen eine Politik, die um „Investoren“ buhlt und vor jedem auf die Knie fällt, der sich dafür ausgibt.
- Deshalb lehnen wir den Hessentag ab, der nicht als der Situation angepasstes, vielleicht bescheideneres Volksfest, sondern als „Standortfaktor“ offeriert wird, auf den wir uns gefälligst schon zwei Jahre vorher zu freuen haben, obwohl er nicht nur nach 10 Tagen wieder vergessen sein wird, sondern auch noch gehörig Schulden hinterlassen wird.
- Deshalb kämpfen wir für den Ausbau und Erhalt der sozialen Infrastruktur, von Kindertagesstätten, Schulen, Jugend- und Seniorentreffs und Gesundheitseinrichtungen.

Keine Politik über die Köpfe der Menschen

Und ganz wesentlich setzen wir uns dafür ein, dass Politik aus der Bürgerschaft und nicht über deren Köpfe hinweg gemacht wird, dass qualifizierte und in der Bevölkerung verankerte Menschen in die Stadtverordnetenversammlung und an die Spitze der Verwaltung gewählt werden. In diesem Sinne: wir freuen uns, wenn Sie uns ihre Stimme geben.

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

„Wir wollen leben, einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald.“

Mit diesen Worten drückte der türkische Schriftsteller Nazim Hikmet die Sehnsucht aller Menschen aus, die nicht machtbesessen und egoistisch auf Kosten anderer leben wollen. Wie frei und brüderlich Menschen zusammenleben, zeigt sich zunächst und vor allem in ihrer Kommune, in ihrem Stadtteil, in der Nachbarschaft.

Die Städte und Gemeinden gelten als Basis des Sozialstaates und als demokratische Basis unserer Gesellschaft. Politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene wirken sich meist unmittelbar auf die Bürgerinnen und Bürger aus und können, wie die Initiativen zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zeigen, in Einzelfällen auch direkt mitgestaltet werden. Wir wollen den gemeinschaftlichen und öffentlichen Charakter der Stadt erhalten und ausbauen, seine wirtschaftlichen und politischen Strukturen demokratisch gestalten.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Sportanlagen oder die Weiterbildungsangebote der Volkshochschule allen ebenso kostenlos zur Verfügung stehen wie der öffentliche Personennahverkehr oder Museen und Theater. Wir wünschen uns eine Stadt, in der Toleranz selbstverständlich ist und in der alle Menschen gut leben und ihre ganz persönlichen Ziele verfolgen können. Das beinhaltet, dass es in Rüsselsheim keinen Platz für rechtsextreme, neonazistische und faschistische Betätigung geben darf. Durch den Sozial- und Bildungsabbau der vergangenen Jahre sind wir heute von diesen Zeiten weiter entfernt als im Jahr 2000. Wir wissen auch, dass diese Ziele nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. Sie festzuhalten ist für uns aber wichtig, weil sie Bezugspunkt und Erfolgskriterium für die kleinen Schritte des politischen Alltages sind.

Die Stadt als Basis eines sozialen und demokratischen Gemeinwesens

Rüsselsheim war und ist von der Entwicklung der Adam Opel AG abhängig. So wie die Stadt einst vom Automobilboom profitierte, ist sie seit Jah-

ren von den Möglichkeiten global operierender Konzerne zur Steuervermeidung betroffen. So bleiben die Gewerbesteuereinnahmen seit Jahren weit hinter dem zurück, was aufgrund der Produktivität Rüsselsheims möglich wäre.

Hinzu kommt: Als Folge einer Politik des Bundes und der Länder, die hohe Vermögen und Einkommen, Konzern-, Aktien- und Spekulationsgewinne steuerlich massiv entlastet hat, fehlen in den Städten und Gemeinden die finanziellen Mittel zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben.

Immer neue Konsolidierungsprogramme und der „Schutzschirmvertrag“ sollen die Finanzprobleme lösen, führen aber zu massiven Einschnitten in die soziale Situation und die Bildungslandschaft der Stadt und zu unzumutbaren Erhöhungen von Steuern und Gebühren. Zum Beispiel wurde die Grundsteuer verdoppelt, die Friedhofsgebühren deutlich erhöht, die Weiterführung der Straßensozialarbeit der Diakonie gestrichen. Von Gebührenerhöhungen und Leistungseinschränkungen sind überproportional die unteren Einkommenschichten betroffen.

„Durchregieren“ geht nicht!

Allerdings: Die Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule konnte durch das Engagement von Schulgemeinde, vielen Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern und unter dem Eindruck des ersten Bürgerentscheides in Rüsselsheim verhindert werden, das Hallenbad „An der Lache“, das aus Kostengründen ersatzlos abgerissen werden sollte, wird aufgrund des Einsatzes der Bürgerinitiative und der mehr als 11000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren bis 2017 durch einen Neubau ersetzt. Auch die Bäume auf dem Marktplatz, die zur Vorbereitung auf den Hessentag gefällt werden sollten, stehen dank des durch die Unterschriften für ein Bürgerbegehren zum Ausdruck gekommenen Bürgerwillens noch.

Rüsselsheim sei „unregierbar“, sagen einige. Vielleicht verstehen sie unter Regieren „Durchregieren“. In Rüsselsheim lässt sich allerdings – obwohl es immer wieder versucht wird – schwer von oben nach unten durchregieren. Und das ist gut so. Nach Artikel 20 Grundgesetz geht alle Staatsgewalt nicht nur vom Volke aus, sondern

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

wird von ihm in Wahlen und Abstimmungen, z.B. also Bürgerbegehren und -entscheiden, auch ausgeübt. Dazu gehört auch, dass die Bürgerinnen und Bürger Rüsselsheims draußen sehen, was drinnen (im Rathaus) vorgeht. Demokratie, Partizipation und Transparenz sind zwar von der Herkunft her Fremdwörter, dass sie es aber in der politischen Praxis von CDU, SPD und Grünen auch in Rüsselsheim immer wieder und immer öfter geworden sind, ist schlimm und das eigentliche Problem.

Für Erhalt und Ausbau der öffentlichen Dienste

Zu oft greift die Stadt auf teure Berater, z.B. von der Bertelsmann-Stiftung zurück. Das immer gleiche Konzept dieser Berater heißt: Leistungen kürzen, Gebühren erhöhen, also Bürgerinnen und Bürger belasten. Die in Auftrag gegebenen Gutachten sollen dann in der Regel bereits vorgesehene Entscheidungen zusätzlich legitimieren und als alternativlos erscheinen lassen. Die Linke/Lis-

te Solidarität wendet sich seit Jahren gegen das viel zu häufige Hinzuziehen von externen Beratern, Geheimhaltungspraxis und die Verwandlung der Stadtverordnetenversammlung von einem Beratungs- und Kontrollgremium in ein Zustimmungsgremium für den Magistrat.

Die Erhaltung und der weitere Ausbau des öffentlichen Dienstes ist notwendig, da es viele Dienste gibt, die ohne Gewinnabsichten, weltanschaulich neutral und auch dann angeboten werden müssen, wenn ihre Kosten die Einnahmen übersteigen. Die Debatte um den Kostendeckungsgrad etwa im Bildungs- und Erziehungsbereich ist irreführend. Sie muss schon allein deshalb beendet werden, weil die Menschen ja bereits durch ihre Steuern für die entsprechenden Dienstleistungen bezahlt haben.

Die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen aus Steuergeldern ist ein wesentliches Element des Sozialstaates, weil es die Lasten für die öffentlichen Einrichtungen sozial gerecht verteilt. Wer dies ändern will, baut den Sozialstaat nicht um sondern ab.

Die Linke/ Liste Solidarität tritt daher mit Nachdruck für den Erhalt folgender öffentlicher Einrichtungen ein:

- Kindertagesstätten
- Jugendhäuser
- Jugendpflege/Jugendbildungswerk
- Stadt- und Stadtteilbüchereien
- Krankenhaus
- Altenheim und Seniorentreffs
- Sozialstation
- Musikschule
- Schwimmbäder, Sportstätten
- Städtische Betriebshöfe in Eigenverantwortung der Stadt Rüsselsheim

Die Arbeit in diesen Institutionen muss von gut ausgebildeten professionellen Kräften geleistet werden.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch, wenn städtische Aufgaben über ehrenamtliches Engagement abgedeckt werden.

Wir meinen:

Ehrenamtliches Engagement kann professionelle Arbeit zwar unterstützen, keinesfalls aber



Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

ersetzen. Wenn ehrenamtliche Tätigkeit dazu missbraucht wird, Arbeitsplätze abzubauen und wenn sie dort eingesetzt werden soll, wo professionelle Arbeit gefordert ist, werden sich mit Recht immer mehr bisher aktive Menschen aus ehrenamtlicher Tätigkeit zurückziehen.

Öffentlicher Dienst: Vorbild für die „freie“ Wirtschaft

Der Öffentliche Dienst muss in seinem Verhalten als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für die sogenannte „freie“ Wirtschaft haben. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für ein klares Bekenntnis der Stadt zu tarifgebundenen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ein.

- Honorarverträge müssen die absolute Ausnahme bleiben und dürfen in so sensiblen Bereichen wie Schulen oder Kitas nicht vergeben werden.
- Reinigungs- und Grünpflegearbeiten sind zu rekommunalisieren.
- Städtische Aufträge dürfen nur an Firmen vergeben werden, die sich an Tarifverträge halten, Frauen fördern, Ausbildungsplätze schaffen und auch Behinderte beschäftigen.
- Die Zahl der städtischen Ausbildungsplätze ist zu erhalten und auszubauen!
- Allen Auszubildenden ist eine unbefristete Übernahme anzubieten.

Es widerspricht dem Charakter des öffentlichen Dienstes, ihn nach rein betriebswirtschaftlichen Vorgaben zu organisieren. Wir setzen uns für Korrekturen ein, die die gesamtgesellschaftliche Verantwortung des öffentlichen Dienstes wieder stärken.

Rüsselsheimer Sozialpass

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Rüsseleheim ca. 20 Prozent der Bevölkerung, darunter ein Viertel aller Kinder armutsgefährdet sind fordert die Linke/Liste Solidarität, einen Rüsselsheim Pass einzuführen.

Der Rüsselsheim Pass soll einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern Rüsselsheims ermöglichen, diskriminierungsfrei Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, wie zum Beispiel:

- Ermäßigte Teilnahme am ÖPNV
- freier Eintritt in Museen und Theater
- freie Benutzung der Stadtbücherei
- ermäßigte Teilnahme an Musikschulangeboten
- ermäßigte VHS-Gebühren
- freier Eintritt bei Bädern
- ermäßigter Eintritt bei Kulturveranstaltungen
- ermäßigtes Essensgeld in Kitas und Schulen (solange die allgemeine Kostenfreiheit nicht erreicht ist)

Wohnen in Rüsselsheim

Preiswerten Wohnraum zu finden, wird auch in Rüsselsheim immer schwieriger. Häufig muss ein Familienmitglied nur für die Miete arbeiten. Größere Wohnungen für Familien mit Kindern sind Mangelware, Wohnraum für Singles vielfach unangemessen übersteuert. Der Sozialwohnungsbau ist rigoros zurückgefahren worden.

Preiswerter Wohnraum ist genauso Bestandteil einer notwendigen sozialen Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser und ist deshalb nachfragegerecht anzubieten. Hier stehen nicht nur der Bund und das Land in einer Bringschuld, die Stadt Rüsselsheim und ihre Wohnungsbau-gesellschaft ebenso.

Für die GEWOBAU, die zwar im Besitz der Stadt ist, aber schon längst nicht mehr das Wort „gemeinnützig“ in ihrer offiziellen Bezeichnung führt (heute: „Gesellschaft für Wohnen und Bauen Rüsselsheim mbH“), ist es vermutlich rentabler, luxuriöse Wohnungen, wie etwa am Böllenseeplatz zu bauen, als in preiswerten Wohnraum zu investieren. Auch das ist eine Folge der „stillen Privatisierung“, wie sie bei etlichen städtischen Einrichtungen betrieben wurde und weiter zu betreiben versucht wird (z.B. Betriebshöfe).

In den letzten Jahren sind viele Wohnungen der

Finanzen

Gewobau, aber auch anderer Bauträger, saniert worden. Energetische Sanierung muss allerdings warmmietneutral geschehen, d.h. die Miete darf nach der Sanierung inklusive der Heizkosten nicht höher sein als zuvor. Sanierungen, die eine Verbesserung des Komforts bedeuten, müssen das Einverständnis der Mieterinnen und Mieter haben, technische Sanierungen, die der allgemeinen Instandhaltung dienen, dürfen nicht zu Mieterhöhung führen, die die allgemeine Lohnentwicklung überschreitet. Menschen, die in eine Situation geraten oder bereits sind, die Sozialleistungsbezüge erforderlich macht, müssen Miete und Nebenkosten erstattet werden. Und zwar in einer Höhe, die den wirklichen Preisverhältnissen am Markt entspricht und nicht einem fiktiven, unrealistischen Mietspiegel.

Dies gilt in besonderer Weise für Alleinerziehende und ältere Menschen, die von ihrer Rente nicht leben können. Und das werden ohne eine grundsätzliche Umkehr der Rentenkürzungspolitik zukünftig immer mehr werden.

Keine Privatisierungen

Verkäufe von Wohnungsbeständen der Gewobau, d.h. faktisch der Stadt, lehnen wir ab. Das gleiche gilt für Kaufaufträge, deren Entscheidung und Folgen nicht zuvor öffentlich diskutiert werden (z.B. Karstadtgebäude). Auch Verkäufe von anderen Liegenschaften/Grundstücken müssen öffentlich diskutiert werden und dürfen keine einsamen Entscheidungen der Verwaltungsspitze sein (z.B. Hotel Mainblock). Das Auftreten der Gewobau als Träger politisch gewollter Maßnahmen (z.B. Alte Synagoge) oder als Sponsor unterschiedlichster Ereignisse lehnen wir ab, sie sind genauso Augenwischerei wie ähnliche Vorgehensweisen bei den Stadtwerken. Solche Dinge müssen über den kommunalen Haushalt finanziert werden – schließlich ist die Stadt Eigentümerin von Gewobau wie Stadtwerken. Dieses „privatwirtschaftliche“ Theater ist überflüssig und wird letztlich sowieso von der Stadt oder den Mietern finanziert.

Mieter sind nicht wehrlos. Der Mieterbund Rüsselsheim, als Vertreter der Mieterinnen und Mieter, hat unsere Unterstützung.

Gemeindefinanzierung sichern - Leistungen für Bürgerinnen und Bürgern erhalten

Durch die Finanzpolitik von Bund und Land Hessen ist die Handlungsfähigkeit der Stadt Rüsselsheim in den vergangenen Jahren zunächst weiter erheblich eingeschränkt worden. So wurden die Gelder, die die hessischen Kommunen aus dem Gesamtsteueraufkommen über den „Kommunalen Finanzausgleich“ (KFA) erhalten, ab 2011 um 350 Millionen Euro gekürzt. Zudem leidet Rüsselsheim seit Jahrzehnten unter den großzügigen Steuervermeidungsmöglichkeiten, die es vor allem General Motors gestatten, in Rüsselsheim zwar alle Vorteile der kommunalen Infrastruktur zu nutzen, aber keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Kommune zu leisten. Dass dies durch den KFA bei weitem nicht ausgeglichen wurde, zeigt die Tatsache, dass Rüsselsheim gemessen an der Einwohnerzahl Jahr für Jahr etwa 20 Millionen Euro weniger an Finanzmitteln aus Steuern und Landeszuweisungen zur Verfügung hatte, als der Durchschnitt der anderen Sonderstatusstädte Bad Homburg, Marburg, Gießen, Hanau, Wetzlar, Fulda. Ohne entsprechende Transferzahlungen erhielten die Kommunen zusätzliche Aufgaben (z.B. Kindergartenplatz- und Krippenplatzgarantie, zusätzliche Aufgaben bei der Jugendhilfe), während der Bund durch die Steuerreformen der vergangenen Jahre die Finanzbasis der Kommunen weiter geschmälert hat.

Rüsselsheim lebt nicht über seine Verhältnisse

All diese Fakten wurden durch das ständige Mantra, die Kommunen würden über ihre Verhältnisse leben, sie hätten ein „Ausgabeproblem“, ignoriert. Wenn sich Rüsselsheim heute in einer finanziellen Krise befindet, so liegt das nicht daran, dass es über seine Verhältnisse gelebt hätte. Auch wenn es immer wieder zu von der Linke/Liste Solidarität kritisierten Geldverschwendungen kommt. So beim Opel-Altwerk oder beim Lachebad. Beim Altwerk hätten die Befürworter des großflächigen Abrisses der historischen Bausubstanz für ein riesiges Einkaufszentrum 36 Millionen Euro an öffentlichen Geldern für die Zu-

Finanzen

fahrt zum Parkdeck „spendiert“. Beim Lachebad werden statt maximal 4 Millionen Euro für eine dem Bürgerwillen entsprechende Sanierung des existierenden Bades zu investieren (dafür war „kein Geld da“) nun für einen Neubau ohne Sprungturm und Cafeteria gut 13 Millionen Euro eingeplant. Die kommunale Finanznot ist im Wesentlichen das Ergebnis einer gezielten politischen Strategie, über die Verknappung der Gemeindehaushalte Privatisierung zu forcieren und den Sozialstaat zu Fall zu bringen.

Gemeindefinanzreform statt Rettungsschirm

Die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sich verschärfenden kommunalen Notstände waren dann aber so massiv und auch wegen des Investitionsstaus schädlich für die gesamte Wirtschaft, dass mit dem kommunalen Schutzschirm ein prinzipielles Eingeständnis des Landes kam, dass die hochverschuldeten Kommunen an ihrer Lage nicht die Hauptverantwortung tragen. Das Land übernahm einen Teil der Schulden der am höchsten verschuldeten gut 100 Landkreise und Städte. Diese mussten sich allerdings im Gegenzug dazu verpflichten, bis 2020 bzw. 2022 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Und die von der Landesregierung dazu empfohlenen Mittel sind massive Grundsteuererhöhungen, Gebührenerhöhungen, Personalkürzungen, Einschränkungen von Leistungen bei der Förderung von Jugend, Sport, Sozialem, Bildung. Erst aufgrund des Urteils des Staatsgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit des seit 2011 geltenden KFA bequeme sich die Landesregierung zu einer ab 2016 geltenden Neuregelung, die Rüsselsheim immerhin eine zusätzliche Zuweisung von 10 Millionen Euro bringt. Trotz der in Rüsselsheim erfolgten Grundsteuerverdoppelung und trotz Gebührenerhöhungen und Einschränkungen bei der Seniorenarbeit und der Jugendförderung besteht für 2016 immer noch ein Haushaltsdefizit von 13 Millionen Euro. Dies zeigt, dass die Forderung der Linken/Liste Solidarität, durch eine Gemeindefinanzreform die Gemeinden dauerhaft mit einer auskömmlichen Finanzierung für ihre wichtigen und bürgernahen Aufgaben zu versehen, weiterhin auf dem Tisch bleiben muss.

Dazu gehört, vor dem Hintergrund eines sich nach wie vor explosionsartig vermehrenden Reichtums von Wenigen (Geld ist genug da!) auch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die – im Gegensatz zur Grundsteuer - nur die 1 bis 3 Prozent der Vermögendsten betreffen würde. Das Aufkommen könnte zwischen Ländern und Kommunen aufgeteilt werden.

Unnötige Ausgaben verhindern

Genauso wichtig wird es für unsere Liste aber weiterhin sein, unnötige Ausgaben rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Neben der Brücke zum Opel-Altwerk und dem Neubau eines Hallenbads gehörten in der Vergangenheit dazu die geplante Neupflasterung der Innenstadt, gehörten und gehören weiterhin die vielen, teuer eingekauften Gutachten und Berater, die oft nur dazu dienen, eine Legitimation für sowieso geplante politische Maßnahmen zu liefern. Dazu gehört auch die Aufblähung des Personals in den unmittelbar dem OB zuarbeitenden Bereichen. Auch aus finanzpolitischer Sicht kann sich Rüsselsheim diesen Oberbürgermeister und die ihn deckenden bisherigen Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung nicht länger leisten.



Kultur, Kunst und Bildung

Die Liste Solidarität geht von einem Kulturverständnis aus, das alle Formen der geistigen Auseinandersetzung des Menschen mit Seinesgleichen und der Umwelt umfasst. Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Museen und Theater, sportliche und kulturelle Vereine sind daher die Grundlage des kulturellen Lebens in der Stadt. Wenn ihre personelle oder finanzielle Ausstattung ausgedünnt wird und öffentliche Initiativen durch privates Engagement ersetzt werden, hängt der Zugang zu Kultur und Bildung immer mehr von den finanziellen Möglichkeiten ab. Wer Geld hat, dem erschließen sich Bildungs- und Kulturangebote, wer kein Geld hat, wird ausgegrenzt.

Bildung

Die Linke/Liste Solidarität geht davon aus, dass Bildung und Erziehung als Aufgabe der ganzen Gesellschaft verstanden werden muss. Wie in der Bundesrepublik generell, so ist auch in Rüsselsheim das Bildungswesen chronisch unterfinanziert. An Bildung darf grundsätzlich nicht gespart werden. Alle Versuche, auf Kosten von Bildungs- und Kultureinrichtungen Haushaltskonsolidierung zu betreiben, sind abzulehnen. Es ist Aufgabe der Stadt, für die in ihr lebenden Menschen bildungspolitische Aktivitäten zu entwickeln, die den stetig wachsenden Anforderungen in zweifacher Hinsicht gerecht werden:

- Eine immer komplexer werdende Gesellschaft, stellt steigende Anforderungen an die politische Bildung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wer sich selbst und die Welt nicht versteht, ist auch nicht in der Lage, als mündiger Bürger oder mündige Bürgerin kritisch und selbstbewusst politisch zu handeln.
- Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt müssen helfen Chancengleichheit für alle zu realisieren. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer und ethnischer Segmentierung der Gesellschaft und der steigenden Zahl von Menschen, die in unserer Stadt Schutz und Hilfe suchen, müssen integrative Konzepte auf allen Feldern des Bildungs- und Erziehungswesens ausgebaut und öffentlich offensiv vertre-

ten werden. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems und deutlich erhöhte finanzielle Mittel seitens des Landes und des Schulträgers Stadt Rüsselsheim sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche inklusive Pädagogik an Rüsselsheimer Schulen.

Bildungsarbeit besser bezahlen

Heute muss im Erziehungs- und Bildungswesen mehr Arbeit geleistet werden als von den Beschäftigten bewältigt werden kann. Personalausbau und nicht Personalabbau ist also das Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang wendet sich die Linke/Liste Solidarität entschieden gegen alle Bestrebungen, die „Bildungsstückkosten“ über Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen zu senken. Im Gegenteil: Berufe im kulturellen und im Bildungsbereich bedürfen einer deutlichen Aufwertung, dies muss sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Befristete TvH-Verträge und Honorarverträge müssen in feste Beschäftigungsverhältnisse überführt werden.

Kindertagesstätten

Die Qualitätsstandards der Rüsselsheimer Kindertagesstätten und Horte müssen erhalten und ausgebaut werden. Die Kitagebühren müssen weiter gesenkt werden, damit es vor allem für kinderreiche Familien und Alleinerziehende keine Belastung ist, ihre Kinder in die Kita zu schicken. Das Ziel ist der für alle Kinder kostenfreie Besuch von Kinderkrippe, Kindertagesstätte, Hort und Betreuungsschule. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für einen beschleunigten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder bis drei Jahre ein.

Schulen

Die Rüsselsheimer Schulstruktur ist durch eine hohe soziale und ethnische Selektivität gekennzeichnet. Bei einer offiziellen Kinderarmutsquote

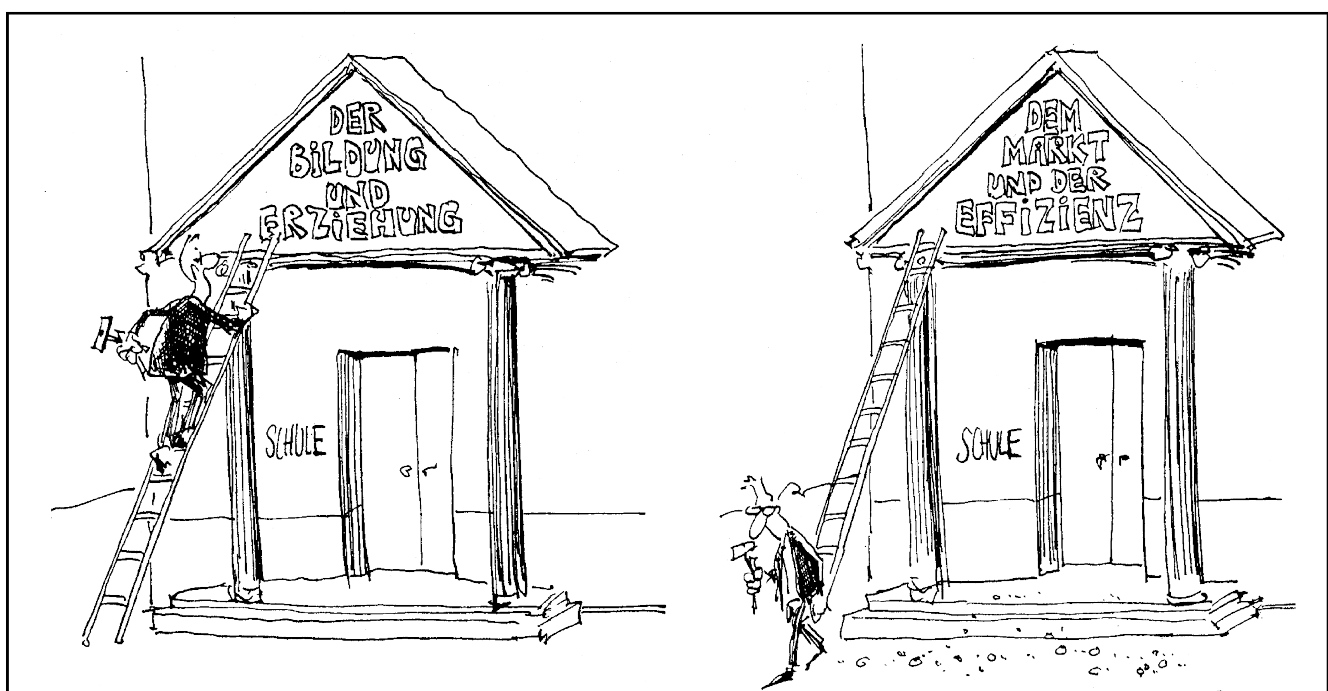
Kultur, Kunst und Bildung

von über 22% muss davon ausgegangen werden, dass in Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen eine große Anzahl von Kindern von Sozial- und Transferleistungen nach SGB II, III und VII abhängig sind. In seiner grundlegenden Bedeutung für die Gestaltung der Schullandschaft wird dem Problem der Kinderarmut von den in Rüsselsheim politisch Verantwortlichen nach wie vor nicht Rechnung getragen. Immer mehr Kinder werden zum Besuch eines Gymnasiums angemeldet, um sozial belastete Situationen zu vermeiden. So entsteht die Gefahr, dass in anderen Schulformen Lerngruppen entstehen, in denen Lerneifer und Motivation zusammenbrechen.

Die Bildungssoziologie spricht hier von einer „doppelten Benachteiligung“. Die Rüsselsheimer Schulvielfalt ist daher nicht positiv zu bewerten, sie verschärft die soziale Spaltung der Rüsselsheimer Schülerschaft und die soziale Selektivität. Das System der „Kooperativen Gesamtschule“ stellt keine Lösung dieses Problems dar, da sich in ihm die Selektivität des gegliederten Schulwesens innerhalb einer Schule fortsetzt. Letztlich ermöglicht nur die Überwindung des gegliederten Schulsystems mehr „Chancengleichheit“ und gelingende Inklusion.

Eine zeitgemäße Schulträgerschaft erfordert mehr als nur die Sorge für einen guten Zustand der Gebäude und eine funktionierende Organisation der Schulverwaltung. Sie muss die konkrete Situation der Kinder und Jugendlichen der Stadt zum Ausgangspunkt nehmen, um eine qualitative Schulentwicklung zu ermöglichen. Dies gilt umso mehr, wenn ca. 60% aller Schülerinnen und Schüler einen „Migrationshintergrund“ aufweisen und erhebliche Anstrengungen zur Realisierung einer interkulturellen Pädagogik unternommen werden müssen. Und dies gilt auch insbesondere dann, wenn das anspruchsvolle Ziel der Inklusion (d.h. der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelunterricht) verfolgt wird. Um eine gute Schule für alle Rüsselsheimer Schülerinnen und Schüler zu schaffen, setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Die Rüsselsheimer Schulen müssen materiell so ausgestattet werden, dass alle Schüler/innen ohne Rücksicht auf ihre soziale Herkunft Zugang zu allen Angeboten haben. (Kostenlose Schulmaterialien, kostenloses Mittagessen, Unterstützung bei Ausflügen, Museumsbesuchen u.ä., ...)



Kultur, Kunst und Bildung

- Die Stadt Rüsselsheim startet ein Projekt zur gezielten Förderung des schulischen Erfolgs von benachteiligten Schülerinnen und Schülern!
- Die Umsetzung einer inklusiven Pädagogik erfordert auch von der Stadt einen erheblichen finanziellen Mehraufwand. Erst wenn die Bereitstellung der notwendigen Mittel gesichert ist, kann inklusive Pädagogik erfolgreich sein.
- Vor dem Hintergrund ihrer Aufgaben ist es geboten, dass Rüsselsheims Schulen auch in den Klassen 5 – 10 eine überschaubare Größe (ca. 700 Schüler/innen) haben.
- Die Schulsozialarbeit muss weiter ausgebaut und auch an Grundschulen eingeführt werden.
- Jede Schule braucht mindestens einen Hausmeister.
- Die Privatisierung der Schulreinigung hat sich nicht bewährt, sie wird wieder in städtische Regie übernommen!
- Schulentwicklung in Rüsselsheim wird mit dem Ziel betrieben, das gegliederte Schulsystem abzuschaffen.

Betreuungsschule

Die Entwicklung der Rüsselsheimer Betreuungsschulen in den vergangenen Jahren ist ein Trauerspiel. Fortwährender Personalabbau und vermehrter Einsatz von Honorarkräften haben hier zu gravierenden Qualitätsverschlechterungen geführt. Die Verzahnung der Betreuungsschularbeit mit dem Unterricht der Grundschule und verlässliche Bezugspersonen für die Kinder in der Betreuung sind unverzichtbar! Die Linke/ Liste Solidarität wendet sich entschieden dagegen, dass die Rüsselsheimer Betreuungsschulen zu Billigaufbewahrungsanstalten verkommen. Schulische Betreuungsangebote müssen die gleichen Standards erfüllen wie die Horte. Schulkinderhäuser sind nur dann sinnvoll, wenn die Qualitätsstandards des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) eingehalten werden.

Kultur und Kunst

Kultur ist das, was die Menschen aus sich und ihrer Welt machen. Kultur ist kein Luxus, sondern eine wichtige geschichtliche Form des gesellschaftlichen Verkehrs der Menschen untereinander. Kulturelle Motive und Tendenzen sind in allen Forderungen und Bemühungen zu sehen, die sich auf bessere Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung in der ganzen Breite geistiger, gefühlsmäßiger und sinnlicher Eigenschaften und Beziehungen richten.

Kulturelle Aktivität beinhaltet Gestaltung nach eigenen Vorstellungen, eigene Interpretation, selbst handeln, selbst ausprobieren, selbst denken, lernen, kennen lernen, üben, spielen.

Aufgabe ist es nicht nur, Traditionen und kulturelles Erbe zu bewahren, sondern auch das Störende zu sein, aufzuzeigen, dass es neben der Realität unseres Lebens andere Wirklichkeiten gibt - nicht nur ein Bezugssystem, sondern viele. Kulturpolitik hat die notwendigen Freiräume zu schaffen, die finanzielle Förderung zu gewähren, damit alle Bürgerinnen und Bürger - und nicht nur bestimmte Schichten - ihre sozialen, kommunikativen und ästhetischen Vorstellungen entwickeln und verbreiten können. Kulturelle Vielfalt, Spontaneität und Kreativität kann nur bei ungehinderter Entfaltung entstehen. Kulturpolitik muss mit ihrer Zielsetzung diese Vielfalt verwirklichen helfen.

Kulturpolitik verfehlt da ihr Ziel, wo sie nur noch sich selbst sieht, wo die Kunst zu Publicity- oder Stadtmarketing-Zwecken verbraucht wird, wo sie zum Imponiergehabe der Politik wird. Das kulturelle Angebot in den umliegenden Großstädten ist qualitativ hoch stehend und umfassend. Rüsselsheim sollte damit nicht konkurrieren, sondern eigene kulturpolitische Wege finden und Nischen besetzen, wie es z.B. mit der „Jazzfabrik“ gelungen ist.

Eigenbetrieb Bildung und Kultur

Durch die Einrichtung des Eigenbetriebs mit Theater, Volkshochschule, Musikschule und Stadtbücherei wurde, wie bei anderen Eigenbetrieben

Kultur, Kunst und Bildung

auch, die parlamentarische Kontrolle auf eine Betriebskommission reduziert, in der noch nicht einmal alle Fraktionen vertreten sind. Zum „Ausgleich“ zwei Stellen sog. „Kulturbeauftragter“, zu schaffen, die direkt dem Bürgermeister unterstellt sind – wie geschehen – lehnen wir ab.

Theater

Das Rüsselsheimer Stadttheater ist traditioneller Schwerpunkt kommunaler Kulturförderung. Der inhaltliche Anspruch lag in weiten Strecken lediglich darin, gute Unterhaltung zu bieten. Dies alleine reicht allerdings nicht. Durch die Zusammenarbeit mit den umliegenden Theatern und vor allem den Hochschulen, sollte ein Zugang zu anspruchsvolleren Aufführungen ermöglicht werden. Wir begrüßen, dass die Programmgestaltung nicht mehr von Agenturen durchgeführt wird.

Weiterer Schwerpunkt sollte wie bisher das Kinder- und Jugendtheater sein. Es ist nach und nach weiter zu entwickeln. Die erfreulicherweise in Rüsselsheim bestehenden freien Theatergruppen sind verstärkt zu fördern. Auslagerungen zu Gunsten des Opel-Altwerkes, wie sie in Rüsselsheim 2020 anklingen, lehnen wir aufs schärfste ab. „Der Treff“ ist das gelungenste zeitgenössische Gebäude Rüsselsheims und muss auf jeden Fall erhalten bleiben.

Volkshochschule

Die Linke/Liste Solidarität ist grundsätzlich der Auffassung, dass Volkshochschulen nicht unter Kosten und Profitgesichtspunkten geführt werden können. Bildung ist ein Menschenrecht. Die betriebswirtschaftliche Steuerung von Volkshochschulen ist ihrer Realisierung abträglich. Wir fordern daher, dass das Land und die Stadt die Volkshochschule materiell so ausstatten, dass die vergangenen Gebührenerhöhungen rückgängig gemacht werden können. In prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigte Kursleiterinnen sind, wenn sie dies wollen, in feste Arbeitsverhältnisse zu übernehmen.

Museum

Das Rüsselsheimer Stadtmuseum findet über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung. Das Museum gehört zur kulturellen Infrastruktur, zu der jeder Bürger und jede Bürgerin freien Zugang haben soll. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher die Abschaffung der Eintrittsgebühren für das Rüsselsheimer Museum und einen Ausbau des museumspädagogischen Angebotes. In einem ersten Schritt sollten die Eintrittsgebühren für Schulklassenbesuche abgeschafft werden.

Stadtbücherei

Die Stadtbücherei ist in Rüsselsheim eine wichtige Einrichtung für die Bildung der hier lebenden Menschen. Darüber hinaus haben sich Stadtbücherei und die Stadtteilbüchereien zu wichtigen kulturellen Treffpunkten entwickelt. Dem Lesen und der Leseförderung kommt heute eine besondere Bedeutung nicht zuletzt für die Realisierung gleicher Bildungschancen zu. Deshalb kritisiert die Linke/Liste Solidarität den in den vergangenen Jahren betriebenen Personalabbau im Bereich der Stadtbücherei ebenso wie die hier vorgenommenen Mittelkürzungen. Die Leistungen der Rüsselsheimer Büchereien müssen wieder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, die Büchereiangebote in den Stadtteilen erhalten werden.

Musikschule

Neben den traditionellen Musikstilen ist verstärkt auf die Belange der populären Musikrichtungen einzugehen. So ist ein Fundus an Leihinstrumenten für jugendliche Musikgruppen bereitzustellen. Weiterhin ist zu Verleihzwecken eine Verstärkeranlage anzuschaffen sowie Übungsräume von der Stadt zu Verfügung zu stellen, auch um die Musikgruppen an Rüsselsheim zu binden.

Freie Kulturinitiativen

Die Vielfältigkeit des kulturellen Lebens in Rüsselsheim wird maßgeblich von freien Initiativen geprägt. „Das Rind“, Kunstverein, Jazzfabrik,

Kinder und Jugend

Malkasten, usw. sind nicht mehr wegzudenken. Die Freien Kulturinitiativen sind daher finanziell und organisatorisch zu unterstützen und zu fördern, auch bei der eventuellen Anmietung von leer stehenden Räumlichkeiten in der Innenstadt.

Opelvillen

Die Opelvillen haben sich weit über die Region hinaus etabliert, und sie bieten ein interessantes Begleitprogramm. Daneben sind Ausstellungsmöglichkeiten in Kooperation mit den bestehenden Initiativen zu schaffen, für zeitgenössische Kunst, die Rüsselsheimer Kunstsammlung und für Rüsselsheimer Künstlerinnen und Künstler.

Film

Rüsselsheim mit 60.000 Einwohnern, aber ohne Kino ist ein unhaltbarer Zustand. Filminteressierten bleiben somit nur noch Mainz oder Frankfurt, oder hin und wieder Gustavsburg, Waldorf oder Groß-Gerau. Filme sind ein wesentlicher Teil unseres kulturellen Lebens, für große Leinwände konzipiert, gestaltet und nicht durch noch so große Flachbildschirme zu ersetzen. In Rüsselsheim gibt es genügend qualifizierte Filmliebhaber (z.B. Cinema Concetta, Thomas Frickel u.a.) die sich für ein Projekt „Kino in Rüsselsheim“ gewinnen lassen. Auch gibt es geeignete städtische Räumlichkeiten bzw. private (Schauburg, altes REX Kino). Aufgabe von Magistrat und Kultur 123 ist es, diese Möglichkeiten zu einem Ergebnis zusammenzuführen.

Vereine

Die Rüsselsheimer Vereine sind ein wichtiger Partner städtischer Kulturpolitik bei der Verwirklichung vielfältiger und stadtteilnaher kultureller Aktivitäten. Sie tragen dazu bei, dass Rüsselsheim eine lebendige Stadt ist. Ihr eigenständiges Engagement wird von uns unterstützt. Die städtische Förderung für die Vereine darf nicht gekürzt werden. Die Auftritts- und Übungsräume, wie z.B. die Mehrzweckhalle der Gerhart-Hauptmann-Schule, müssen erhalten bleiben.

Kinder und Jugend

Grundsätzlich hält die Linke/Liste Solidarität daran fest, dass Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben, in einer Welt aufzuwachsen, „in der sie erwünscht sind, in der sie ihre vielfältigen Fähigkeiten durch Teilnahme bilden und in der sie ihre Realität begreifend gestalten können“. (Johannes Beck) Eine kinder- und jugendfreundliche Stadt muss daher darauf bedacht sein, bei allen Planungen die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen mit zu berücksichtigen. Dies muss von der Politik wirklich gewollt und durch angemessene Beteiligungsformen sichergestellt werden. Außerhalb der „pädagogischen Inseln“ der Gesellschaft werden Kinder und Jugendliche immer mehr auf die Rolle als Konsumenten und Kunden reduziert. Die „Bank“ als Kommunikationsort für Jugendliche, das verwunschene Gestrüpp als unbeaufsichtigter Spielplatz und Freiraum oder die wirklich zum Spielen anregende Spielstraße sind sel-



Für ein soziales Rüsselsheim

Gesucht

Kostenlose
Kita
mit
zufriedenen
ErzieherInnen
für Alle

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT


Liste 6

www.liste-solidaritaet.de

Kinder und Jugend

ten in Rüsselsheim. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich dafür ein, dass Kinderpolitik ein Schwerpunkt in Rüsselsheim und die Stadt selbst zur kinder- und jugendfreundlichen Stadt wird.

Jugendpflege und Jugendbildungswerk

Jenseits dieser grundsätzlichen Erwägungen kommt gerade in einer kulturell vielfältigen Stadt der kommunalen Jugendpflege und dem Jugendbildungswerk eine herausragende und unverzichtbare Bedeutung zu. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher einen den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechenden personellen und räumlichen Ausbau der Jugendpflege in kommunaler Trägerschaft. Hierbei sind insbesondere bisher benachteiligte Stadtteile, Haßloch Nord, Bauschheim, Königstädten und Böllensee zu berücksichtigen. Die Mittelkürzungen der vergangenen Jahre müssen rückgängig gemacht werden.

Die Stadt Rüsselsheim benötigt dringend ein Jugendgästehaus, das auch die Funktion eines internationalen Begegnungszentrums für Jugendliche wahrnimmt.

Ausbildungsplatzsituation

Trotz einer leichten Entspannung ist die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden nach wie vor hoch. Jugendliche Migranten/innen sind nach wie vor in besonders dramati-

scher Weise vom Lehrstellen- und Arbeitsplatzmangel betroffen. Die Linke/Liste Solidarität hält ein Bündel von Maßnahmen für notwendig um zu erreichen, dass allen Rüsselsheimer Jugendlichen, die dies wollen, eine Berufsausbildung ermöglicht wird:

- Die kommunale Ausbildungsinitiative der Stadt Rüsselsheim wird wieder aufgenommen
- Die Stadt vergibt kommunale Aufträge nur noch an Firmen, die in angemessener Weise Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitstellen.
- Die Stadt überprüft ihre eigene Berufsbildungspraxis mit dem Ziel, intern die Voraussetzungen zu schaffen, die es auch leistungsschwächeren Jugendlichen ermöglichen, erfolgreich eine Berufsausbildung abzuschließen.
- Der Abbau von Ausbildungsplätzen bei der Stadt Rüsselsheim wird rückgängig gemacht.
- Die Stadt unterstützt die Initiative an der Kreisberufsschule verstärkt vollzeitschulische Berufsbildungsgänge anzubieten.



Frauen

„In einer gegebenen Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.“ (Charles Fourier)

Frauen sind besonders stark von den Folgen des Neoliberalismus in Form von unsicheren und prekären Arbeitsplätzen sowie dem Anstieg sozialer Ungleichheit belastet. Außerdem sind weder die viel beschworene Chancengleichheit noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisiert, nicht zuletzt wegen fehlender Kinderbetreuungsangeboten. Auch althergebrachte Rollenklischees verhindern Veränderungen. Frauenlöhne liegen im Durchschnitt immer noch 22% unter denen der Männer. Auch die Pflege bedürftiger Angehöriger geht weitgehend zu Lasten der Frauen. Die steigende Zahl alleinerziehender Frauen benötigt ein zielgerichtetes Angebot an Beratung und Unterstützung. All diesen Problemen widmet Die Linke/ Liste Solidarität besondere Aufmerksamkeit und versucht auf kommunalpolitischer Ebene die Rahmenbedingungen für weibliche Lebensläufe zu verbessern.

Letztes Jahr unterzeichnete auch Rüsselsheim die EU-Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Der künftig zu erstellende Maßnahmenkatalog darf keine Alibiliste sein, sondern sollte nach Analyse der Lebenssituationen von Frauen und Männern konkrete Vorhaben in die Tat umsetzen. Die so angestrebte Geschlechtergerechtigkeit darf nicht durch kulturelle oder angeblich traditionelle Barrieren ausgebremst werden.

Im Fokus der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen sowie zur Stärkung von Frauennetzwerken steht das Rüsselsheimer Frauenzentrum. Dessen Existenz und Finanzierung muss langfristig gesichert werden. Die langjährige Kompetenz der Frauenarbeit gleich welcher Nationalität darf nicht verloren gehen.

Zum Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit und um Benachteiligungen abzubauen ist die emanzipatorische Arbeit mit und für Mädchen und junge Frauen besonders wichtig. Für sie war

und ist die Schließung des AWO-Mädchentreffs ein herber Verlust. Die Mädchenarbeit in kommunaler Regie mit 25 Wochenstunden ist dafür kein Ersatz. Hier muss mit einem Konzept und mehr Geld wieder eine nachhaltige Mädchenarbeit aufgebaut werden. Zur Gewaltprävention sind nicht nur in den Schulen Selbstverteidigungskurse für Mädchen kostenlos anzubieten.

Die Fluchtgründe von Frauen sind neben den bekannten wie Gefährdung durch Bürgerkriege und Notlagen auch geschlechtsspezifische, wie Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung. Sie sollten, auch zusammen mit ihren Kindern, in besonders geschützten Räumen mit Rückzugsmöglichkeiten untergebracht werden. Dementsprechende Forderungen mit geschlechtsspezifischen Inhalten sind in das Konzept zur Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur aufzunehmen und umzusetzen.

Frauenzentrum

Die Linke/Liste Solidarität unterstützt die von unterschiedlichen Lebensentwürfen getragenen vielfältigen kulturellen Aktivitäten von Frauen, damit sie die öffentlichen Strukturen der Stadt Rüsselsheim ihren Ansprüchen entsprechend gleichberechtigt mitgestalten können. Das Rüsselsheimer Frauenzentrum, von Frauen für Frauen ins Leben gerufen, ist ein unverzichtbarer Ort, um Frauen die soziale, kulturelle und politische Teilhabe zu eröffnen.

Seniorinnen und Senioren

Viele Menschen sind heute im Rentenalter noch lange kein rostiges „altes Eisen“. Sie beteiligen sich aktiv am städtischen Leben und erwarten aber auch, dass veränderten Bedürfnissen Rechnung getragen wird. Kommt man in ein gewisses Alter, ändert sich eben trotz allem das Leben: der Verlust familiärer Rollen, die Abnahme der Außenbeziehungen, unter Umständen die Trennung von der vertrauten Umgebung, häufig eine Verschlechterung der finanziellen Situation und das Nachlassen der physischen und psychischen Kräfte.

Wir wollen politische, soziale, ethische, geistig-kulturelle und rechtliche Bedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen.

Viele Jahre lang hat der Rüsselsheimer Seniorenbeirat mit vielfältigen Aktivitäten das gesellschaftliche Leben bereichert. Vom geselligen Zusammensein über Vorträge und Ausflüge bis hin zu „Heimat erwalken“. 2014 hat die Mehrheit der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung mit fadenscheiniger Begründung – Einsparung von 3000 Euro pro Jahr – die Wahl des Seniorenbeirats abgeschafft. Man wünschte sich ein bequemes, handverlesenes Gremium. Aber dieser Versuch, ein demokratisch gewählt und handelndes, oftmals unbequemes Gremium stillzulegen misslang. Für einen Alibi-Seniorenbeirat fanden sich nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber.



ber. Ein Kompliment für Rüsselsheims ältere Einwohnerinnen und Einwohner!

Durch den Sozialabbau der vergangenen Jahrzehnte wird die Altersarmut, insbesondere von Frauen, zu einem immer größeren Problem. Wer prekäre Arbeitsverhältnisse zum Normalzustand werden läßt, schließt Altersarmut billigend mit ein. Alte Menschen, die trotz langer Lebensarbeitszeit auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (wie die Sozialhilfe heute beschönigend heißt) angewiesen sind, können sich nicht die Hilfeleistungen „kaufen“, die das Alter erleichtern. Diese Entwicklung erfordert eine besondere Orientierung der kommunalen Sozialpolitik an den Bedürfnissen dieser Menschen.

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich ein für eine altengerechte Gestaltung des Alltagslebens:

- Wiedereinrichtung der dezentralen Altentagesstätten mit entsprechenden Angeboten
- Geheime und allgemeine Wahl des Seniorenbeirats durch die älteren Bürgerinnen und Bürger
- Beseitigung der Stolperfallen auf dem Bahnhofsplatz
- Verlängerung der Fußgänger-Ampelphasen
- Eine Bushaltestelle unmittelbar vor dem Martin-Niemöller-Haus
- Ermöglichung von Wohngruppen für muslimisch-gläubige Alte
- Einen solidarischen Umgang der Generationen, in dem Erfahrungen, Erkenntnisse und kulturelle Werte als gegenseitige Bereicherung angesehen werden
- Die verstärkte Umsetzung der Forderungen von Selbstorganisationen nach bezahlbaren und altersgerechten Wohnungen, nach selbstbestimmtem und betreutem Wohnen
- Ein neues, den gesellschaftlichen Bedingungen entsprechendes Rentenrecht, das Gerechtigkeit mit sozialer Sicherheit verbindet (Mindesrente)
- Gesetzliche Regelungen zur vollen Absicherung aller Betroffenen im Falle notwendiger Betreuung, begleitender Hilfe und Pflege

Migrantinnen und Migranten

*„Ich habe viele Väter.
Ich habe viele Mütter,
und ich habe viele Schwestern,
und ich habe viele Brüder.
Meine Väter sind schwarz
und meine Mütter sind gelb
und meine Brüder sind rot
und meine Schwestern sind hell.*

*Ich bin über zehntausend Jahre alt,
und mein Name ist Mensch!
Ich bin über zehntausend Jahre alt,
und mein Name ist Mensch!“*

Ton Steine Scherben, Songtext

Ein vernünftiges Miteinander von Mehr- und Minderheiten ist nur in einer demokratisch verfassten Gesellschaft möglich, die auf der Basis von Grund- und Menschenrechten aufbaut. Es darf keine Diskriminierung und Ausgrenzung geben, weder aus religiösen, ethnischen, sozialen oder weltanschaulichen Gründen und auch nicht wegen des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der Hautfarbe. Die EU- Anti-Diskriminierungsrichtlinie muss im öffentlichen wie im privatgesellschaftlichen Bereich umgesetzt werden.

Die derzeitig verstärkte Polarisierung von Rechts und dem sonstigen Rechtsruck in Europa und hier auch verstärkt in Deutschland, bedroht humane Standards vor allem in den Bereichen des Asyls und im Umgang mit MigrantInnen. Dem ständigen Versuch diese Standards zu senken, wie bereits in den letzten Jahren verstärkt geschehen, muss konsequent standgehalten werden. Rechte Gewalt und Angriffe auf Flüchtlingsheime bedrohen die Atmosphäre einer Stadt und gehören rechtlich konsequent verfolgt. Die momentane Pauschalisierung aller Muslime als „Terroristen und Bedrohung“ hat bei Die Linke/Liste Solidarität keinen Platz.

Obwohl die Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg bereits seit 65 Jahren im Gange ist, leben die Migrantinnen und Migranten, insbesondere die Menschen von außerhalb der

Europäischen Union und die Flüchtlinge unter einem Sonderrecht, dem Ausländer und Asylrecht, fälschlicherweise „Zuwanderungsrecht“ genannt, welches in den letzten beiden Jahrzehnten immer restriktiver und brutaler geworden ist. Visabestimmungen wurden verschärft, Reismöglichkeiten eingeschränkt, Familienzusammenführungen erschwert. Ausweisungs- und Straftatbestände wurden erweitert. Gleichzeitig sind überdurchschnittliche Schwierigkeiten der Migrantinnen und Migranten bei der Arbeitsplatzbeschaffung und deren Kinder in Schule und Ausbildung offensichtlich. Wettbewerb und Konkurrenz, insbesondere auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, befördern ebenfalls ausländerfeindliche und rassistische Vorurteile. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich deshalb für eine grundlegende Reform des Ausländer- und Asylrechts im Sinne der Menschenrechte und der im Grundgesetz verankerten Grundrechte ein. Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, sollen in jeder Hinsicht unterstützt werden, Bearbeitungszeiten verkürzt und Vorschriften im Sinne des/der AntragstellerIn ausgelegt werden. Wir fordern auch die Verbesserung der Situation der Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Rüsselsheim. Der Zugang dieser Menschen zur ärztlichen Versorgung und Bildung ist zu garantieren. Dazu ist notwendig:

- Die medizinische Hilfe durch Ärzte und medizinisches Personal darf nicht unter den Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt fallen.
- Die Übermittlungspflicht für öffentliche Stellen an die Ausländerbehörde muss aufgehoben werden.

Auch in Rüsselheim: Kein Mensch ist illegal

Die Stadt Rüsselsheim muss das ihr Mögliche tun, um die Menschen aus dem Status der „Illegalität“ heraus zu holen. Die brutale und menschenrechtswidrige Abschottungs- und Abschreckungspolitik der EU gegenüber den Flüchtlingen und anderen Schutzsuchenden, insbeson-

Migrantinnen und Migranten

dere durch eine momentan verstärkte Errichtung von Stacheldrahtzäunen und geschlossenen und mit Militärs bewachten Grenzen, darf nicht auch noch diejenigen, die es bis zum Asylantrag schaffen, durch eine diskriminierend Behandlung verstärkt werden. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass im Asylbewerberleistungsgesetz für Flüchtlinge und ihre Kinder Regelsätze, die um bis zu 30 bis 50 Prozent unter den schon viel zu niedrigen Hartz IV-Sätzen liegen, vorgesehen sind. Deshalb setzt sich Die Linke/Liste Solidarität für die ersatzlose Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Anwendung der allgemeinen Sozialgesetzgebung bei der Flüchtlingsversorgung ein.

Unter anderem fordern wir:

- Eine gerechte und humane Flüchtlingspolitik
- Keine Abschiebung von Menschen in Kriegs- und Spannungsgebiete oder in Länder, wo Folter oder Mord drohen
- Keine Ersetzung von Geldleistungen durch Sachleistungen
- Eine Rückkehr von Flüchtlingen sollte nur freiwillig erfolgen
- Ehegatten und Kinder von Asylberechtigten dürfen nicht gezwungen werden, in das Verfolgerland auszureisen, um dort ein Visum für den Aufenthalt in Deutschland zu beantragen
- Familien von Asylbewerbern oder anderen Flüchtlingen dürfen nicht abgeschoben werden, solange ein Asylverfahren eines Ehegatten, Elternteils oder eines Kindes noch anhängig ist
- Anerkennung ausländischer Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse.
- Im Bund: Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Migrationspolitik als Teil der Sozial- und Bildungspolitik

In der Stadt Rüsselsheim haben mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Migrationshintergrund. Dies sieht man zwar in

Kindergärten, Schulen, in Betrieben und auf der Straße, aber nicht in der Verwaltung, der Politik und in Positionen mit Leistungsfunktion. Eine tatsächliche gleiche Beteiligung würde bedeuten, dass die Hälfte der Stadtverordneten nichtdeutscher Herkunft wäre, dass es eine Reihe von Schulleiterinnen und Schulleitern z.B. griechischer, italienischer oder türkischer Abstammung gäbe, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht fast ausschließlich in der Gastronomie, bei Opel, als Friseurinnen und Friseure oder als Erwerbslose ihr Leben gestalten. Es würde bedeuten, dass es in der Stadtverwaltung nicht nur einen Frauenförderplan, sondern auch einen Plan gibt, wie man dazu kommt, mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu haben, und dies auch in leitender Position.

Statt einer hysterischen und nutzlosen „Integrations“-Rhetorik bedarf es gezielter Reform- und Förderungsmaßnahmen im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Sozial und Bildungspolitik, die alle Benachteiligten in dieser Gesellschaft im Blick behält. Migrationspolitik ist deshalb für Die Linke/Liste Solidarität immer Teil der Sozial- und Bildungspolitik für die gesamte Bevölkerung! Auch in Rüsselsheim treten wir daher für folgende Forderungen ein:

- Für das kommunale Wahlrecht aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen
- Für das Antragsrecht des Ausländerbeirats an die Stadtverordnetenversammlung. Bis zu dessen Verwirklichung verpflichtet sich Die Linke/Liste Solidarität, wenn vom Ausländerbeirat gewünscht, dessen Anträge in den Geschäftsgang der Stv einzubringen
- Ausreichende Finanzmittel für die Geschäftsführung und die Projekte des Ausländerbeirats
- Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten in Rüsselsheim sind notwendig. Solange es spezielle Gesetze (Ausländergesetz) für Nichtdeutsche gibt, benötigen diese Menschen auch eine besondere Beratung. Die Beratung durch die freien Wohlfahrtsverbände muss durch öffentliche Mittel gefördert werden

Migrantinnen und Migranten

Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft

Die Linke/Liste Solidarität fordert die Entwicklung eines Konzeptes zur frühzeitigen Aufnahme und der gezielten Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund beim Übergang in die Grundschule. Die Kenntnis der deutschen Sprache darf nicht Voraussetzung für eine Einschulung sein. Die verstärkte und qualitativ hochwertige Umsetzung der im Arbeitsleitfaden für die Rüsselsheimer Kitas als Anspruch formulierten „Interkulturellen Pädagogik“ muss durch Bereitstellen der notwendigen materiellen und personalen Mitteln ermöglicht werden. Dazu gehört eine entsprechende Personalausstattung und Weiterbildung der in den Kitas Beschäftigten. Eine vermehrte Beschäftigung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund ist anzustreben. Die Stadt Rüsselsheim soll ein Projekt zur zweisprachigen Alphabetisierung (bilinguale Grundschule) analog zum Koala-Projekt (Koordinierte Alphabetisierung im Anfangsunterricht) in Frankfurt starten.

Schulische Förderung

Die Linke/Liste Solidarität will eine Schule für alle. Solange dies noch nicht der Fall ist, soll dafür gesorgt werden, dass möglichst alle Schulen als echte Ganztagschulen gerade die Kinder unterstützen, deren Eltern nicht die Möglichkeiten und das Geld haben Nachhilfe zu organisieren. Mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sollen einen erfolgreichen Schulabschluss, auch das Abitur, erhalten. Beratung und Unterstützung der Eltern bei der Schulwahl ist erforderlich, Diskriminierung aufgrund der Herkunft und einer vermuteten Überforderung in den weiterführenden Schulen muss verhindert werden. Die besonderen Kompetenzen von Schülerinnen, Schülern und Eltern mit Migrationshintergrund sollen im Schulleben gefördert werden. Kindern mit Migrationshintergrund muss die Möglichkeit zur Teilnahme an einem muttersprachlichen Unterricht geboten werden.

Berufliche Perspektiven

Wichtig ist auch der Übergang von der Schule ins Berufsleben. Die Berufsberatung muss diskriminierungsfrei sein und Eltern und Betriebe einbeziehen. Die Stadtverwaltung sollte vorbildhaft diese Jugendlichen ausbilden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im Publikumsverkehr und an öffentlichen Stellen einsetzen.

Dies gilt auch für städtische Einrichtungen und Betriebe. Die Stadt Rüsselsheim verpflichtet sich, ihren Anteil an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zu erhöhen und macht in geeigneter Weise dies auch in Ausschreibungen deutlich.

Für ein solidarisches Miteinander gegen rechte Tendenzen

Nicht nur durch die steigenden Flüchtlingszahlen wachsen in der Bevölkerung offener und gefährlicher Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Diese werden vor allem immer wieder auch durch Aussagen und Argumentationen von Politikern geschürt. Hier müssen die Stadt Rüsselsheim und ihre Institutionen entgegenwirken. Kultur und Bildung sind besonders die Felder, auf denen Bewusstsein über eigene Vorurteile und Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit entwickelt werden können. Hier sollen Maßnahmen aufgelegt werden, die sich nicht nur an Jugendliche richten. Beispielhaft seien hier internationale Begegnungen genannt, die auch mit Regionen stattfinden sollen, aus denen die hier lebenden Familien stammen.

Die Zurückweisung rechtsextremistischer Bestrebungen benötigt die Anstrengung aller Institutionen sowie aller Menschen in Rüsselsheim. Rechtsradikale Parteien und Gruppierungen dürfen keine Räume, Plätze, keine Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Alle Möglichkeiten sollen hier ausgeschöpft werden. Wir wollen nicht zulassen, dass das friedliche und solidarische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft durch rechtsradikale Parolen und Aktionen gestört wird, dies gilt auch, wenn diese aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen.

Ökologie

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Karl Marx)

2015 war nach 2014 das wärmste Jahr in Deutschland seit Beginn der Klimaaufzeichnung. Inzwischen sind die Stimmen ziemlich verstummt, die noch bis vor kurzem versucht haben, der „Klimakrise“ eine „natürliche“ Ursache zu Grunde zu legen. Es kann also nicht von einem „Klimawandel“ gesprochen werden.

Die grundsätzliche Krisenhaftigkeit unserer derzeitigen Produktions- und Lebensweise nimmt im Mensch-Natur-Verhältnis dramatische, ja tendenziell katastrophale Dimensionen an und stellt die Möglichkeit eines guten Lebens möglicherweise dauerhaft in Frage.



Obwohl die Aussichten gering sind, auf Grundlage kapitalistischer Verhältnisse zu einschneidenden Veränderungen zu kommen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden um die vorherrschende Art des Energieverbrauchs und der Energiegewinnung, des Land- und Wasserverbrauchs, der dominanten Konsum- und Mobilitätsvorstellungen in Frage zu stellen und sinnvolle Alternativen zu denken und zu praktizieren.

Dies gilt auch und gerade für die kommunale Ebene, dem Umfeld auf dem wir unmittelbar verantwortungsvoll zu handeln in der Lage sind. Deshalb wird sich die Linke/Liste Solidarität neben den Anstrengungen für eine andere regionale und kommunale Verkehrspolitik für folgende Ziele einsetzen:

- Keine zusätzliche Ausweisung von Siedlungs- und Industriegebieten sowie Verkehrsflächen
- Verringerung des Versiegelungsgrades in den bestehenden Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebieten
- Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden statt Bebauung bisher dafür ungenutzter Flächen
- Erhalt und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen, Festlegung von Tabuzonen für die Siedlungstätigkeit
- Förderung und Nutzung lokaler und regionaler Produktions- und Konsumkreise
- Verstärkte Förderung von Initiativen zur ökologischen Stromgewinnung, -nutzung und -einsparung durch städtische Gesellschaften und Betriebe (Stadtwerke, Gewobau, GPR, etc) und deren konsequente Umsetzung im eigenen Bereich
- Sofortige Umsetzung der seit Jahren geforderten Nutzung von nur ökologisch erzeugtem Strom innerhalb der Stadtverwaltung

Verkehr

Motorcity Rüsselsheim ist Geschichte. Die Vorfahrt des motorisierten Verkehrs ist weder zeitgemäß noch ökologisch vertretbar. Und obwohl Rüsselsheim Standort der Blitzmarke Opel ist, profitiert die Stadtkasse schon seit Jahrzehnten nicht mehr von deren Gewerbesteuer, die einfach in Verlustbilanzen verschwindet. Der Konzern jedoch profitiert von der kostenlos zur Verfügung gestellten städtischen Infrastruktur.

Die Linke/ Liste Solidarität setzt sich für eine Änderung der kommunalen Verkehrspolitik ein, auch weit über den Hessentag hinaus. Ein paar wenige Änderungen in der Straßenführung, wie der Umbau am Friedensplatz, sind nichts als Kosmetik. Die Ziele müssen sein, Alternativen zum Individualverkehr zu entwickeln bei möglichst hoher Umweltverträglichkeit und dem Einsparen von Ressourcen durch Verkehrsvermeidung. Dazu ist es unabdingbar, den nicht motorisierten Verkehr stärker ins Bewusstsein von Planern und Bürgern zu rücken. Ein konsequentes Umdenken in der Stadtplanung mit dem Focus auf Lebensqualität, Klimaschutz und Gesundheit ist nötig.

Um die Menschen dazu zu animieren, mehr Rad zu fahren, zu Fuß zu gehen oder Bus und Bahn zu benutzen, muss die Attraktivität der Verkehrswege in der Stadt erhöht werden. Dies kann durch Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder Senkung der Individualkosten erreicht werden, z.B. durch Fahrpreissenkung.

Eine nachhaltige Verkehrspolitik ist ohne den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht denkbar. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich daher ein für:

- den Erhalt und Ausbau der Haltestellen,
- ausreichende Taktung,
- billigere Fahrpreise,
- Sondertickets für einkommensschwache Bürger (Seniorenticket u.a.),
- vereinfachte Umsteigemöglichkeiten,

- Bike & Ride-Anlagen an Bahnhöfen und Bushaltestellen,
- die Anbindung wichtiger sozialer und kultureller Einrichtungen (Treff, Theater, Altenheim) an die Buslinien,
- Beteiligung an Nahverkehrsplänen.

Das jährliche Defizit der Stadtbusse muss als notwendiger Service für die Bürger akzeptiert werden. Es darf keinen Zusammenhang geben zwischen der Möglichkeit zur Mobilität und dem sozialen Status. Mobilität ist Daseinsvorsorge für alle Bürger.

Das Rad als Verkehrsmittel erfüllt alle genannten Anforderungen an Umweltverträglichkeit, Lebensqualität, Gesundheit und niedrige Kosten. Ziel muss sein, die Fahrradinfrastruktur konsequent auszubauen, für Pendler wie für Freizeitradler. Einmal jährlich „Stadtradeln“ ersetzt kein Radverkehrskonzept. Dies ist jedoch dringend erforderlich und Rüsselsheim hinkt hier im Vergleich zu anderen Kommunen und dem Kreis stark hinterher.

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich daher ein für:

- den Ausbau des Radwegenetzes,
- die Ergänzung bei Netzlücken,
- Radwegemarkierungen mit Signalcharakter (nach holländischem Vorbild) wählen und verbessern,
- Verbesserung der Beleuchtung der Radwege,
- die Sanierung maroder Radwege, Bereitstellung sicherer Abstellmöglichkeiten (Fahrradanhänger statt Bügelparker),
- Aufstellflächen für Radler an Ampeln,
- Öffnung von Einbahnstraßen in beide Richtungen,
- ausreichende Sicherheitsabstände zwischen Radfahrern und parkendem Autos.

Die Sicherheit der Radfahrer ist kein Schicksal, sondern Ergebnis entsprechender Infrastruktur und der Sensibilisierung der motorisierten Ver-

Ökologie

kehrsteilnehmer. Dabei sollte im Rahmen eines Radverkehrskonzeptes auch die Einrichtung von Fahrradstraßen realisiert werden.

Der motorisierte Verkehr hat weiter zugenommen, nicht zuletzt hat auch das Onlineshopping mit der Ausweitung der Kurier- und Paketfahrten dazu beigetragen. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich daher ein für:

- Temporeduzierung (auch mit Schwellen und Poldern),
- Car-Sharing und die Ausweitung von Spielstraßen (Tempo 7).

Wir werden die Kommunalpolitiker auch an den Luftreinhalteplan zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes erinnern. Das Hessische Umweltministerium hat vergangenes Jahr festgestellt, dass die Stickstoffdioxid-Belastung in Rüsselsheim die gesetzlichen Grenzwerte übersteigen und hat Maßnahmen dagegen eingefordert. Die reichen bis zu Durchfahrtsverboten für LKW.

Flughafen

Der Frankfurter Flughafen und der von ihm ausgehende extrem gesundheitsschädliche Lärm und Schmutz (z.B. Ultrafeinstaub) hat schon lange jedes erträgliche Maß überschritten. Mit dem im Bau befindlichen Terminal 3 entwickelt sich der Flughafen immer mehr zu einer Luxus-Shopping-Mall mit angeschlossenem Umsteigeflughafen.

Der Kapitalertrag der Fraport durch Vermietung und Umsatzbeteiligung übersteigt inzwischen den der Flugabwicklung. Der traditionelle Ruf „kein Flughafenausbau“ scheint mit der realen Entwicklung kaum Schritt zu halten, und die in unserem Programm 2011 bereits erhobene Forderung „Rückbau des Flughafens“ wird zum Gebot der Stunde.

Gleichzeitig befinden wir uns in Rüsselsheim in der Situation, dass der derzeitige Oberbürgermeister ein bekennender Flughafenausbaubefürworter ist und dazu noch stellv. Vorsitzender der „Kommission zur Abwehr des Fluglärms“ (kurz: „Fluglärnkommision“) – unter dem Vorsitz

des Bürgermeisters von Raunheim, der das neue Raunheimer Gewerbegebiet sinnigerweise „Airport Garden“ taufen ließ. Diese Situation hat die Rolle Rüsselsheims als wichtigen Faktor im Widerstand gegen den Moloch Flughafen bedauerlicherweise stark zurückgehen lassen. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich dafür ein, dass sich dies so schnell wie möglich wieder ändert.

Die ständige Um- und Neuverteilung des Lärms durch andere Flugrouten ist keine Lösung und fördert das „Sankt-Florians-Prinzip“. Passiver Lärmschutz kann die Reduzierung des Lärms an der Quelle nicht ersetzen. Das heißt: die Flugbewegungen müssen massiv zurückgefahren werden.

Die Linke/Liste Solidarität arbeitet mit den Bürgerinitiativen zusammen und unterstützt die Forderungen des BBI Bündnis der Bürgerinitiativen:

- Rückbau des Frankfurter Flughafens, kein Ausbau anderer Flughäfen in der Region. Kein Terminal 3
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger
- Verursachergerechte Zuordnung der Kosten auf die Luftfahrtindustrie, Stopp der Subventionen
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet
- Stilllegung der Landebahn Nord-West

Die Linke/ Liste Solidarität hält eine Verlagerung von Inlands- und Kurzstreckenflügen auf die Bahn für sinnvoll und notwendig. Grundsätzlich treten wir ein für ein anderes Mobilitätsverhalten und eine (Verkehrs-) Politik ein, die die derzeitige Konzentrierung auf zentrale Sammel- und Umsteigeflughäfen aufgibt und die exzessive und vielfach überflüssige hin und her-Fliegerei von Dingen und Personen sozial und ökonomisch unattraktiv macht.

Soziale, ökologische und demokratische Stadt

Seit 2013 gibt es nun den „Schutzschirmvertrag“ der Stadt Rüsselsheim mit dem Land Hessen. Damit soll Rüsselsheim wie andere hessische Kommunen auch genötigt werden, wichtige Einrichtungen wie Schulen, Theater, Musikschulen und Schwimmbäder zu schließen, bei der Kinder-, Jugend-, Sozial- und Seniorenarbeit und bei den Arbeits- und Ausbildungsplätzen massiv zu kürzen und gleichzeitig die Grundsteuer und andere Steuern, Kita- und Friedhofsgebühren und Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen drastisch zu erhöhen. Kommunale Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung werden auf Jahre weitestgehend eingeschränkt.

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich gegen die „Schutzschirm“-Nötigung für Entschuldung der Kommunen und für eine echte kommunale Selbstverwaltung und ein selbstbewusstes Rüsselsheim ein.

Wir fordern:

- Ausbau der öffentlichen Unternehmen (Stadwerke, GPR, Gewobau)
- Die Stadt muss die politische Hoheit über die Bebauung des Opel-Altareals erhalten und über das Baurecht Einfluss nehmen.
- Eine Verwaltung mit Kompetenzen und Kapazitäten in Rüsselsheim ist in Rüsselsheim zu erhalten. Dies verhindert auch die Abhängigkeit von teuren externen Beratern.

Rüsselsheim als soziale Stadt, das bedeutet:

- Ausbau der sozialen Infrastruktur
- Sozialpass für Rüsselsheim
- Ausbau der Kindertagesstätten, der Horte, der Betreuungsschulen, Schulen, Jugend- und Seniorentreffs
- Erhalt und ausreichende Finanzierung von Frauenzentren und Mädchentreffs
- Erhalt und Bau von bezahlbaren Wohnungen
- Keine 1-Euro-Jobs in Rüsselsheim
- Erhalt und Ausbau der Sportplätze und Sporthallen
- Förderung der Vereine.

Rüsselsheim als ökologische Stadt, das bedeutet:

- Erhalt und Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs
- Rückbau des Flughafens
- Ausbau der Radwege

Rüsselsheim als demokratische Stadt, das bedeutet:

- Keine Geheimpolitik des Magistrats
- Beteiligung der Bevölkerung und der Gruppen von Betroffenen
- Kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in der Gemeinde lebenden Menschen
- Antragsrecht an die Stadtverordnetenversammlung für die Beiräte
- Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Rüsselsheim als Kulturstadt, das bedeutet:

- Erhalt des Theaters, der VHS, der Musikschule und der Stadtbücherei
- Förderung von kulturellen und künstlerischen Initiativen
- Es muss wieder ein Kino geben

Die Linke/Liste Solidarität hat ihre Positionen in Anträgen und Anfragen an die Stadtverordnetenversammlung, durch Informationsveranstaltungen, Aktionen und Informationsstände öffentlich gemacht. Mitglieder aus unserer Wahlinitiative beteiligten bzw. beteiligen sich an Unterschriftensammlungen, Bürgerbegehren und Bürgerinitiativen, zum Beispiel für den Erhalt von Gerhart-Hauptmann-Schule, den Erhalt des Hallenbades, gegen den Abriss des Opel-Altwerks zugunsten einer Shopping-Mall, für den Erhalt der Bäume am Marktplatz sowie gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens und für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Wir geben Rechenschaft und dokumentieren unsere Arbeit auf der Website www.liste-solidaritaet.de

Notizen

Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zur Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung

1. Karl-Heinz Schneckenberger
2. Brigitte Rücker
3. Marcel Baymus
4. Heinz-Jürgen Krug
5. Marianne Flörsheimer
6. Panagiotis Tsianakas
7. Michael Flörsheimer
8. Danilo Valeri
9. Roman Gasanfar
10. Heike Wieland-Reith
11. Arthur Weger
12. Petra Gieß
13. Reiner Germeroth
14. Wolfgang Becker
15. Ralf Becker
16. Christian Golka
17. Rita Ferrara
18. Heinz König

Kandidaten für den Ortsbeirat Königstädten

1. Karl-Heinz Schneckenberger
2. Andrea Wagener
3. Burkhard Alpmann

Wahlaufruf

Vergesst nicht,
dass diejenigen Menschen euch am besten
dienen werden,
die ihr aus eurer eigenen Mitte wählen werdet,
die das gleiche Leben wie ihr führen,
und die gleichen Leiden ertragen wie ihr.

Hütet euch vor Leuten, die zu viel reden,
vermeidet vom Schicksal Begünstigte,
denn selten nur will derjenige, der ein
Vermögen besitzt,
im Arbeitenden seinen Bruder sehen.

Wahlaufruf der Pariser Kommune, im Frühjahr 1871